

Russland:

Behörden basteln an Prozess gegen Sergej Wilkow

Sergej Wilkow (24) ist Aktivist der sozialistischen Bewegung Wperjod (Vorwärts) in Saratov. Er ist Verkäufer. Sergej engagiert sich im Protest gegen die unsoziale Wohnungsbaureform, die Konzerne begünstigt und arme Leute benachteiligt. Außerdem ist er aktiver Antifaschist.

Den lokalen Behörden ist er ein Dorn im Auge – weil er Widerstand leistet gegen Sozialabbau. Die Sicherheitsorgane hatten ihm früher schon damit gedroht, dass sie ihm „Probleme“ bereiten würden. Sergej hat sich nicht einschüchtern lassen.

Am 5. Juli wurde er auf der Straße von Polizisten überfallen. Nachdem er in Handschellen 20 Minuten auf dem Boden gelegen hatte, hat die Polizei vor Zeugen eine Pistole und Munition in seiner Kleidung „gefunden“ – sie wurde ihm untergeschoben! Sergej ist auf freiem Fuß, darf die Stadt bis zur Prozesseröffnung aber nicht verlassen.

Jetzt wird im Staatsapparat an einer Anklage gegen ihn gebastelt. Ihm wird illegaler Waffenbesitz vorgeworfen. Außerdem suchen die Behörden nach weiteren Punkten. So soll er angeklagt werden, andere AktivistInnen zu einer Schlägerei mit Nazis angestachelt zu haben.

Nicht nur AktivistInnen von sozialistischen Organisationen und aus der Antifa werden eingeschüchtert. In den letzten Jahren gab es in Russland Straßenproteste gegen die unsoziale Reform des Wohnungssystems und gegen die Abschaffung oder Kürzung vieler Sozialleistungen für RentnerInnen und sozial Bedürftige. Auch gegen diese Menschen ist die russische Polizei gewalttätig geworden. Was in Russland an Einschüchterung von sozialen Protesten passiert, kann man sich hier kaum vorstellen.

Wenn Nazis in Russland linke AktivistInnen einschüchtern, dann oft in stillschweigender Übereinkunft mit dem Staatsapparat. Einzelne Nazis werden für ihre Verbrechen bestraft, aber insgesamt werden sie sogar vom Staat dazu ermutigt, gegen soziale Proteste vorzugehen! Erst am 20. Juli wurde der Aktivist Ilja Borodajenko bei einem Nazi-Überfall auf ein Anti-Atomkraft-Camp am Baikalsee ermordet, nachdem die Polizei zuvor tagelang den Ablauf dieses Camps zu stören versucht hatte.

Lokale Behörden agieren im Einklang mit der Regierung. Anfang Juli hat das russische Parlament ein neues „Gesetz über Extremismus“ verabschiedet, das viele Vorwände liefert, soziale Proteste zu illegalisieren. Jetzt ist es in Russland fast unmöglich, sich zu wehren, ohne in den Verdacht des „Extremismus“ zu geraten!

Der Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Protesten dagegen und dem brutalen Vorgehen des russischen Staates gegen AktivistInnen ist offensichtlich: Die Menschen sollen eingeschüchtert werden, damit sie die krassen Ungerechtigkeiten weiter hinnehmen.

Mit Sergej Wilkow soll ein mutiger politischer Mensch im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit aus dem Verkehr gezogen werden. Ihm droht jahrelanges Gefängnis. Das darf nicht geschehen!

Hände weg von Sergej Wilkow!

Politische Opposition ist kein Extremismus!

Das Solidaritäts-Komitee

ViSdP: Detlef Jörns